

Ralf Stremel, »Gesundheit – unser einziger Reichtum«? Kommunale Gesundheits- und Umweltpolitik 1800–1945, Selbstverlag Stadtarchiv Solingen, Solingen 1993, 335 S., 55 Abb., brosch., 38 DM.

Die Sorge um die Gesundheit der Bürger und den Zustand der städtischen Umwelt entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem der wichtigsten Tätigkeitsgebiete kommunaler Politik. Dazu gehörten nicht nur der Bau und Betrieb von Krankenhäusern oder die Anstellung von Amtsärzten, sondern auch die Verbesserung der Wasserversorgung und Kanalisation, die Einrichtung von Schlachthöfen und Untersuchungsämtern, die Einführung der Müllabfuhr sowie der weite Bereich der Gesundheitsfürsorge. Hierzu liegt eine Vielzahl von Veröffentlichungen vor, die durch die hier anzuzeigende Lokalstudie über die Entwicklung in Solingen gut ergänzt wird. Die Arbeit stützt sich auf eine breite lokale archivalische Überlieferung, zeitgenössische Monographien, Aufsätze und Statistiken sowie die einschlägige Sekundärliteratur; regionale und überregionale Archive konnten leider nicht ausgewertet werden.

Auch in Solingen blieb die städtische Gesundheitspolitik über weite Teile des 19. Jahrhunderts im Kontext der Armenfürsorge befangen. Der starke Bevölkerungszuwachs und die fortschreitende Industrialisierung brachten jedoch neue Aufgaben und allmähliche Veränderungen. Erster sichtbarer Ausdruck waren Bemühungen, ein neues Krankenhaus zu bauen, die jedoch auf große Finanzierungsschwierigkeiten stießen. Nach langem Bemühen fand die Einweihung des Hauses schließlich 1863 statt; vom Bürgertum wurde es allerdings noch zur Jahrhundertwende – wie in anderen Städten auch – gemieden. Finanzprobleme prägten auch die späteren Bemühungen um Einführung einer zentralen Wasserversorgung und Kanalisation. Das ist prinzipiell nicht überraschend, war im 19. Jahrhundert aber besonders wichtig, da die Kosten für derartige Neuerungen fast ganz von den lokalen Steuerzahlern und Nutzern zu tragen waren. Deren Zögern ist deshalb sehr verständlich, konnte allmählich jedoch überwunden werden.

Vor allem nach der Jahrhundertwende häuften sich die Initiativen, die zunehmend auch präventive Maßnahmen einschlossen. Sowohl ein Schlachthof als auch eine städtische Badeanstalt wurden errichtet, das Krankenhaus umgebaut, die Wasserversorgung grundlegend umgestaltet und die Gesundheitsfürsorge für Säuglinge, TB-Kranke und andere Gruppen ausgebaut. Auch diese Maßnahmen waren umstritten, doch sie wurden wesentlich von den zuständigen Fachbeamten und der Verwaltung insgesamt in Zusammenarbeit mit einem Teil des lokalen Bürgertums durchgesetzt. Derartige Koalitionen sind auch aus anderen Städten bekannt. Sie zeigen, daß es im Kaiserreich gerade auf lokaler Ebene ein Reformpotential gab. Hiervon profitierte die Kommune insgesamt; die meisten Vorteile hatten jedoch die besseren Schichten, die – wie im Fall der Wasserversorgung oder der Badeanstalt – die mit den neuen Einrichtungen verbundenen Kosten eher als Arbeiter aufbringen konnten. Eine Konsolidierung und ein weiterer Ausbau erfolgten dann in der Weimarer Republik, in der allerdings eugenische Ideen einen ersten Einfluß erlangten. Besonders wichtig wurden diese dann unter dem Nationalsozialismus, als die »Erb- und Rassenpflege« ein wichtiger Teil kommunaler Gesundheitspolitik wurde. Auch wurden jüdische Ärzte zunehmend schikaniert und verfolgt, wobei in Solingen ebenso wie andernorts diese Maßnahmen der Nationalsozialisten auf wenig Widerstand stießen.

Diese Entwicklungen werden auf einer soliden empirischen Basis dargestellt und in die allgemeine Entwicklung eingebettet. Ein besonderer Vorzug der Arbeit ist der weite behandelte Zeitraum, so daß sie einen guten Überblick bietet. Analytische Vertiefungen hingegen sind selten. Auch wird nicht immer deutlich genug, inwiefern es sich bei den beschriebenen Entwicklungen und Konstellationen um lokale Besonderheiten handelte, oder ob sie allgemein anzutreffen waren. Es war vermutlich innerhalb des zur Verfügung

stehenden Rahmens nicht möglich, auf diese Fragen näher einzugehen. Über diese Bedingungen und die Entstehung der Arbeit werden allerdings keine Angaben gemacht. Auf jeden Fall handelt es sich um eine interessante Fallstudie, die zeigt, was für ertragreiche Arbeiten im Umkreis eines so engagierten Stadtarchivs entstehen können, wie es in Solingen existiert.

*Franz-Josef Brüggemeier, Hannover*

Thomas Küster, *Alte Armut und neues Bürgertum. Öffentliche und private Fürsorge in Münster von der Ära Fürstenberg bis zum Ersten Weltkrieg (1756–1914)*, Aschendorff Verlag, Münster 1995, 352 S., kart., 88 DM.

Mehr als ein Jahrhundert der Armenpolitik in Münster untersucht Thomas Küster in der vorliegenden Studie – ein Jahrhundert, in dem die Stadt so grundsätzliche politische Brüche wie die Aufhebung des alten Fürstbistums, die Eingliederung in den napoleonischen Herrschaftsbereich und die Neukonstituierung als preußische Provinzhauptstadt erfuhr. Für die Armenpolitik der Stadt waren diese Systemwechsel prägend; ebenso wichtig aber blieben die Milieubedingungen, die zeitgenössisch als der »gutmüthige westfälische Sinn und die katholische Frömmigkeit« (S. 164) gepriesen wurden und die sich vor allem in einer bis in das 20. Jahrhundert hinein intensiven Laienkaritas manifestierten. Es gab daher während des 19. Jahrhunderts keine geradlinige und völlig zielgerichtete Entwicklung, die die Wohlfahrtspflege der Aufklärung in die rationalisierte Leistungsverwaltung der modernen Stadt hineingeführt hätte. Vielmehr blieb das Nebeneinander älterer Formen der Armenfürsorge – etwa über mildtätige Stiftungen oder die Austeilung individueller Almosen – und einer kommunalisierten und verrechtlichten Sozialpolitik moderneren Typs kennzeichnend für Münster. Beispielhaft dafür ist, daß erst 1876 die »Donnerstagskollekte« aufgehoben wurde, mit der das Stadtbürgertum bis dahin den Armenhaushalt regelmäßig subventioniert hatte.

Küsters Arbeit legt das Schwergewicht auf die Zeit bis 1850 und widmet sich ausführlicher den Reformvorhaben in der ausklingenden fürstbischöflichen Ära, den Zentralisierungs- und Verstaatlichungstendenzen im bergisch-napoleonischen Interim – die vielfach durch das französische Vorbild inspiriert wurden – und schließlich den Ansätzen zu einer Modernisierung der Armenpflege unter preußischer Ägide. Einen sozialen Problemherd bildete immer wieder die Militäramut, die etwa infolge der Koalitionskriege entstand und den Armenetat zusätzlich mit der Sorge für Invaliden, Soldatenwitwen und -waisen belastete. Konstant führten die im Armenwesen maßgeblichen Persönlichkeiten einen Kampf gegen das Bettlertum: Sie versuchten, ortsfremde Arme und Vagabunden durch Einzugsgelder fernzuhalten oder abzuschieben, um die Leistungen auf die »stadteigene« Armutsbevölkerung konzentrieren zu können. Das Prinzip des »Unterstützungswohnsitzes« ließ sich aber nicht mehr aufhalten: nach den preußischen Gesetzen von 1842 erhielt es schließlich in der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes Allgemeinverbindlichkeit.

Obwohl Küster – etwa mit Hilfe von Angaben zur Struktur der Armenhaushalte – auch die soziale Lage armer Menschen beleuchtet, liegt der Schwerpunkt seiner Darstellung jedoch weit mehr auf den Antworten, die Politik und Verwaltung auf die »soziale Frage« suchten. In der ersten Phase bis 1850 stechen vor allem die mehrfachen Anläufe hervor, das öffentliche Armenwesen institutionell und zwar noch weitgehend unabhängig von der Stadtverwaltung zu organisieren. Während die 1817/18 gebildete Armenkommission als Selbstverwaltungsorgan ihre Weisungen direkt von der Regierung bezog, mußte dieser staatsunmittelbare Charakter seit 1848 zunehmend einer Kommu-